

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe (17. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/3492 –**

Kuba-Politik an Menschenrechten ausrichten

A. Problem

Die Fraktion der CDU/CSU bittet den Deutschen Bundestag, die Bundesregierung aufzufordern, gegenüber Kuba stärker die Achtung der universellen Menschenrechte einzufordern und bei jeder Möglichkeit die dramatische Menschenrechtslage anzusprechen und zu verurteilen. Der Antrag geht dabei auf die gewaltsame Niederschlagung von friedlichen Protesten im Juli 2021 durch die kubanische Regierung, massiv verschärfte Gesetze und Sperren des Internets ein. Außerdem betrachtet er eine Verfassungsänderung, die im Rahmen des im Jahr 2018 angestoßenen Reformkurses auf den Weg gebracht wurde, jedoch keine wesentlichen demokratischen Entwicklungen nach sich gezogen habe. Insbesondere würden das Einparteiensystem fortgeführt, die kommunistische Partei als oberste Staatspartei bekräftigt und weiterhin wesentliche Menschenrechte stark eingeschränkt. Obwohl Kuba die internationalen Pakte über bürgerliche und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Jahr 2008 unterzeichnet habe, habe es diese bislang nicht ratifiziert. Auf internationale Kritik an der Nichtachtung universeller Menschenrechte reagiere Kuba immer wieder mit der Forderung der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten. Trotz des seit 2017 zur Anwendung kommenden Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba und auch nach dem dritten formalen Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Kuba seien keine Fortschritte in Hinblick auf die Menschenrechtslage zu verzeichnen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/3492 abzulehnen.

Berlin, den 12. Oktober 2022

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Renata Alt
Vorsitzende

Nadja Sthamer
Berichterstatterin

Dr. Jonas Geissler
Berichterstatter

Boris Mijatović
Berichterstatter

Peter Heidt
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Zaklin Nastic
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Nadja Sthamer, Dr. Jonas Geissler, Boris Mijatović, Peter Heidt, Jürgen Braun und Zaklin Nastic

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/3492** in seiner 54. Sitzung am 22. September 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen. Außerdem hat er ihn zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Fraktion der CDU/CSU beschreibt in ihrem Antrag die Menschenrechtslage in Kuba und geht auf die gewaltsame Niederschlagung von friedlichen Protesten im Juli 2021 durch die kubanische Regierung ein. Die Menschen hätten gegen die massiven Einschränkungen der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und die schlechte Versorgungslage protestiert und hunderte Zivilisten seien verletzt und verhaftet worden. Der Antrag beschäftigt sich zudem mit massiv verschärften Gesetzen und Sperren des Internets. So sei der Zugang zum Internet, welches von den Kubanerinnen und Kubanern zum Ausdruck ihres Protests genutzt werde, von staatlicher Seite massiv eingeschränkt. Oppositionelle und Regimekritiker würden teilweise vermisst und in Gerichtsverfahren, die rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht entsprächen, zu langen Haftstrafen verurteilt. Die Zahl der politischen Häftlinge sei größer als je zuvor. Eine Verfassungsänderung, die im Rahmen des im Jahr 2018 angestoßenen Reformkurses auf den Weg gebracht wurde, habe keine wesentlichen demokratischen Entwicklungen nach sich gezogen. Insbesondere würden das Einparteiensystem fortgeführt, die kommunistische Partei als oberste Staatspartei bekräftigt und weiterhin wichtige Menschenrechte stark eingeschränkt. Obwohl Kuba die internationalen Pakte über bürgerliche und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte im Jahr 2008 unterzeichnet habe, habe es diese bislang nicht ratifiziert. Auf internationale Kritik an der Nichtachtung universeller Menschenrechte reagiere Kuba immer wieder mit der Forderung der Nichteinmischung in seine inneren Angelegenheiten. Trotz des seit 2017 zur Anwendung kommenden Abkommens über politischen Dialog und Zusammenarbeit zwischen der EU und Kuba seit 2017 und auch nach dem dritten formalen Menschenrechtsdialog zwischen der EU und Kuba seien keine Fortschritte in Hinblick auf die Menschenrechtslage zu verzeichnen.

Mit dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU soll die Bundesregierung vor diesem Hintergrund aufgefordert werden, gegenüber Kuba die Achtung der universellen Menschenrechte einzufordern und bei jeder Möglichkeit, die dramatische Menschenrechtslage und schlechte Lage der Religionsfreiheit öffentlich anzusprechen und zu verurteilen. Kuba solle die internationalen Pakte über bürgerliche und politische sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifizieren und die darin verbrieften Rechte einhalten. Außerdem wird gefordert, die bilaterale Kuba-Politik und die der Europäischen Union an der Achtung der Menschenrechte auszurichten. Mit Blick auf die Niederschlagung der Proteste im Juli 2021 soll sich die Bundesregierung für die Anwendung des EU-Menschenrechtssanktionsmechanismus gegen die Verantwortlichen schwerer Menschenrechtsverletzungen einsetzen, die sofortige Freilassung von allen politischen Gefangenen verlangen und den Zugang internationaler Beobachter zu Gerichtserfahren und Haftanstalten fordern.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 22. Sitzung am 12. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/3492 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 21. Sitzung am 12. Oktober 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD beschlossen zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/3492 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe hat in seiner 20. Sitzung am 12. Oktober 2022 die Beratung über den Antrag aufgenommen und abgeschlossen. Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und die LINKE gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD, den Antrag auf Drucksache 20/3492 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** kritisiert, dass der Antrag viele Probleme in Bezug auf die Menschenrechtslage singulär betrachte und nicht in Bezug zur gesamten politischen Lage setze. So gebe es in Kuba nicht nur die im Antrag beschriebenen Probleme bei der Achtung der Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit, sondern habe Kuba auch mit gravierenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen, die nicht nur aus den Protesten im Jahr 2021 herrührten, sondern ihren Ursprung u. a. in den Folgen der Corona-Pandemie, dem Klimawandel und dem strengen Sanktionsregime der USA hätten. Diese würden vollkommen ausgeblendet. Außerdem würden die kubanische Frauenbewegung und auch die queere Bewegung, die Proteste organisiert und im Land viel bewegt hätten, im Antrag nicht erwähnt. Es sei seit langer Zeit geplant, Kuba im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen zu thematisieren, so dass der Bundestag eine solche Forderung nicht aufstellen müsse. Die SPD-Fraktion wolle im Übrigen weitergehen und lehne den Antrag deshalb ab.

Die **Fraktion der CDU/CSU** verweist darauf, dass die Lage in Kuba nach den Protesten 2021 dramatisch sei. Viele Menschen seien ohne Verurteilung in Haft. Noch nie habe es in Kuba so viele politische Gefangene gegeben wie jetzt. Hinzu komme die Verschlechterung der Versorgungslage der Bevölkerung nach dem Hurricane und dem daraus resultierenden Zusammenbruch der Energieversorgung und natürlich auch auf Grund der Corona-Pandemie. Auch wenn es in Kuba ein Problem mit den Frauenrechten gebe, gehe es zurzeit nicht um ein spezifisches Frauenrechtsproblem, sondern um die Achtung der Menschenrechte insgesamt. Die gravierenden Menschenrechtsverletzungen müssten immer wieder benannt werden und dafür sei insbesondere der UN-Menschenrechtsrat gut geeignet. Die CDU/CSU-Fraktion appelliert an die Koalitionsfraktionen, gemeinsam für die Achtung Menschenrechte in Kuba zu kämpfen und bittet deshalb um Zustimmung.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betont, dass es nicht ausreiche, die Menschenrechtsverletzungen, die es in Kuba gebe, nur anzuprangern. Vielmehr brauche es Perspektiven und konkrete Vorschläge, wie eine Unterstützung aussehen könne. Dies enthalte der Antrag nicht. Er gehe zudem nicht auf die Karibikinitiative der Bundesregierung ein und beleuchte auch nicht die Situation in der Nachbarregion. Die Auswirkungen des Wirtschaftsembargos der Vereinigten Staaten auf die gesamte Bevölkerung und damit auch auf die menschenrechtliche Lage würden vollkommen ausgeblendet. Daher werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** bekräftigt, dass der Antrag nicht vollständig sei an und stellt heraus, dass gegenüber Kuba nicht nur von Meinungsunterschieden gesprochen werden könne, sondern die gravierenden Menschenrechtsverletzungen drastisch benannt werden müssten. Es brauche mehr als bloße Absichtserklärungen. Man werde den Antrag daher ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** kritisiert dass die deutsche Linke seit Jahrzehnten die Castro-Diktatur bejubelt habe und dass auch Mitglieder der SPD-Fraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sich nicht distanziert hätten. Auch die ehemalige Bundeskanzlerin habe dem Staatsratspräsidenten Miguel Diaz-Canel, der von Fidel Castro gefördert worden sei, mit einem Glückwunschtelegramm zu seiner Wahl geehrt. Wenn die Fraktion der CDU/CSU nun mit diesem Antrag eine Abkehr von ihrer ehemaligen Kuba-Politik beabsichtige, so würde die Fraktion der AfD das begrüßen. Die Situation in Kuba sei in den letzten Jahren immer schlechter geworden, die Einschränkungen der Meinungs- und der Pressefreiheit seien weiter verschärft worden. Deshalb stimme man dem Antrag zu.

Die **Fraktion DIE LINKE.** betont, dass der Antrag die tatsächliche Lage in Kuba in keiner Weise umfassend erfasse. So sei darin beispielsweise von der miserablen Versorgung der Menschen mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Gütern die Rede, ohne die seit über sechs Jahrzehnten bestehende Blockade durch die Vereinigten Staaten zu erwähnen. Ebenso würde nicht erwähnt, dass es neben den friedlichen Protesten auch Brandschatzungen auf Kliniken, auf Mitbürgerinnen und -bürger und auf Beamte gegeben habe. Außerdem würde nicht angesprochen, dass international von vielen Organisationen und Staaten gefordert werde, Kuba von der Liste der Förderer des Terrorismus zu streichen. Deshalb werde man den Antrag ablehnen.

Berlin, den 12. Oktober 2022

Nadja Sthamer
Berichterstatlerin

Dr. Jonas Geissler
Berichterstatter

Boris Mijatović
Berichterstatter

Peter Heidt
Berichterstatter

Jürgen Braun
Berichterstatter

Zaklin Nastic
Berichterstatlerin

